

trale Punkte einer modernen Bürgergesellschaft und Voraussetzung dafür, dass ein Kontingenz- und Gestaltungsbewusstsein flüssig und präsent bleibt.

11.2 Die elitäre Erweckung der Politik

Politisierte Institutionen sind die eine Seite Webers Vorstellung der plebiszitären Führerdemokratie und wesentlicher Bestandteil seiner Vision einer modernen Gesellschaft. Sie sollen sicherstellen, dass zur Politik berufene Personen in die entscheidenden Stellen kommen. Diese Personen sind es, von denen Weber die Verflüssigung der bürokratischen Erstarrungstendenzen erwartet. In dieser Idee Webers steckt eine gewisse Form des Elitismus. Daher geht es im Folgenden um die elitäre Erweckung der Politik und um die politische Elite. Darin drückt sich allerdings auch Webers sehr eigene Position gegenüber der Demokratie als solcher aus.⁵⁰

Diese ist geprägt durch sein Bild der Schwäche der repräsentativen Demokratie im Deutschland seiner Zeit. Gegenüber der fachgeschulten Bürokratie steht ein »Banau- senparlament«⁵¹, dem die politische Gestaltungsmacht und das Gestaltungsbewusstsein abhanden gekommen sind. Zusätzlich dazu sind die Parteien laut Weber teils noch als »gesinnungspolitische Parteien«⁵² geprägt, hängen vielfach noch im Honoratiorenwesen fest und sind von »typischen Zunftinstinkten«⁵³ gekennzeichnet. Weber kritisiert insgesamt die »durchaus kleinbürgerliche Führerfeindschaft aller Parteien«⁵⁴. Die Bevölkerung wirtschaftet in zunehmender politischer Unreife vor sich hin und doch verzweifelt Weber angesichts dessen nicht oder sieht nur in der Technokratie die Lösung. Seine Reflexion setzt vielmehr an seiner Folgerung der natürlichen Leistungsbeschränkung aller bürokratischer Herrschaftsordnungen an. Bürokratien sind unfähig, eigenverantwortliche politische Gestaltung zu erbringen. In seiner Vorstellung ist Politik in einer ganz bestimmten Form und einem besonderen institutionellen Rahmen die Lösung bürokratischer Verkrustung. Der Gesellschaft ist damit der Kompromiss zwischen Gestaltungsaufgabe und notwendiger bürokratischer Organisation ermöglicht. Die moderne Gesellschaft muss ein politisches Primat über die unwiderruflichen Bürokratisierungstendenzen bekommen beziehungsweise erhalten.

Die von Weber als eine Folge der universellen Rationalisierung der Gesellschaft apostrophierte Massendemokratie gilt ihm zunächst durchaus als eine »staatspolitische Ge-

50 Angesichts der Massivität Webers Kritik umfassender und universell vorhandener Bürokratisierungstendenzen hätte es einerseits nahegelegen, dass Weber diesen mit einem ebenso umfassenden und universellen Pessimismus der Moderne begegnet wäre. Andererseits wäre auch ein »Sprung nach vorn« nicht überraschend gewesen. Dietrich Herzog meint damit, dass Weber das demokratietheoretische Problem, das aus der von ihm selbst festgestellten Unentbehrlichkeit der Bürokratie und der damit verbundenen Macht resultiert, mit einer Theorie der Technokratie hätte auflösen können. ebd., S. 235.

51 Max Weber: »Der Reichspräsident«, in: Wolfgang J. Mommsen (Hg.), MWG I/16, Tübingen 1988, S. 220ff, hier S. 222.

52 M. Weber, Politik als Beruf (1992), S. 219.

53 Ebd., S. 220.

54 Ebd., S. 225.

fahr«⁵⁵. Bestimmen die Massen maßgeblich über die Politik, so ist sich Weber unabhängig der Zusammensetzung der Masse sicher, dass insbesondere Emotionen ausschlaggebend sind. Denn die Masse, so Weber, »denkt nur bis übermorgen«⁵⁶. An einer anderen Stelle stellt Weber fest, dass »[s]taatspolitisch völlig irrational [...] die unorganisierte ›Masse‹ [ist, FB]: die Demokratie der Straße«⁵⁷. Politik jedoch sollte nicht allein oder auch nur maßgeblich emotional oder irrational sein, sondern mit kühlem Kopf und klarem Verstand gemacht werden, nicht »mit anderen Teilen des Körpers oder der Seele«⁵⁸. Diesem Anspruch folgt jedoch, dass erstens nur einige Wenige diesen erfüllen und zweitens politisch geschulte Personen sich damit befassen sollten – eine Tendenz zu einer politischen Elite wird hieran deutlich. Ferner sollten diese Wenigen mit klaren Verantwortlichkeiten ausgestattet sein.⁵⁹ Obgleich Weber von der politischen Reife der Gesellschaft spricht und nach Wegen sucht, diese zu steigern, ist sein Ziel nicht zwangsläufig, dass alle oder möglichst viele Individuen ein Kontingenzbewusstsein ausbilden sollen.

Weber vertritt offenbar eine durchaus ambivalente Position gegenüber der Demokratie. Er bewertet Demokratisierung und Demokratie als grundlegend »irreführend«, denn für ihn ist offenkundig, dass »der Demos im Sinn einer ungegliederten Masse [...] in größeren Verbänden nie selbst« verwaltet oder herrscht, sondern vielmehr verwaltet und beherrscht wird und dabei nur die »Art der Auslese der herrschenden Verwaltungsleiter« bestimmt.⁶⁰ Es stellt sich hier offenkundig die Frage nach der Herrschaft innerhalb der demokratischen und bürokratischen Massengesellschaft sowie der Absicherung ihrer Gestaltungsfreiheiten. Der Gedanke der Demokratie als Herrschaft des Volkes über und für das Volk, also die Idee der Selbstregierung, muss Weber eigenartig erschienen sein, weil er gerade in der Herrschaftsform, die den Bedingungen einer modernen Gesellschaft am ehesten entspricht, erkennt, dass die Herrschaft faktisch im Alltag aufgrund der Bürokratisierung von der Verwaltung ausgeübt wird. Daher kann es nur um die Frage gehen, wie die Auslese derjenigen vonstattengeht, die direkt über diese bürokratische Verwaltung politisch befinden – wer also die politische Leitung innehat. Wirkliche Volkssouveränität, im Sinne einer Herrschaft des Volkes über das Volk, kann es nach Weber gar nicht geben, denn das Prinzip der kleinen Zahl hat für Weber totale Gültigkeit.⁶¹ Damit erklärt Weber in einem Brief an Robert Michels letztlich jeden Gedanken, »durch noch so ausgetüftelte Formen der ›Demokratie‹ die Herrschaft des Menschen über den Menschen zu beseitigen«⁶² zu reiner Utopie. Um einen Gedanken Heinrich von Treitschkes zu bemühen: »Herrschen bedeutet doch, daß Beherrschte da

55 M. Weber, *Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland* (1984), S. 549.

56 Ebd. Auffällig ist hier der Einfluss Gustav Le Bons *Psychologie der Massen* aus dem Jahr 1895 (1982).

57 M. Weber, *Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland* (1984), S. 550.

58 M. Weber, *Politik als Beruf* (1992), S. 228; M. Weber, *Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland* (1984), S. 549.

59 Vgl. M. Weber, *Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland* (1984), S. 549.

60 M. Weber, *Bürokratismus* (2005), S. 203.

61 Vgl. W. J. Mommsen (1974a), S. 420.

62 Max Weber: »Brief an Robert Michels. Heidelberg, 4. Aug. 1908«, in: Rainer Lepsius/Wolfgang J. Mommsen (Hg.), *MWG II/5*, Tübingen 1990, S. 615ff, hier S. 616.

sind [...], wenn aber alle herrschen sollen, wo sind da die Beherrschten?»⁶³ Demokratie so verstanden, ist dann so etwas wie das Gegenprinzip von Herrschaft, mindestens in einer revolutionären oder antiautoritären Deutung. Demnach ist – und für Weber ist das ein Fakt – demokratische Herrschaft eigentlich eine *contradictio in adjecto*. Außer in kleinen Kommunen, Vereinen, Sekten oder Ähnlichem kann Weber diesem Konstrukt nichts abgewinnen beziehungsweise konstatiert:

»Die Bedingungen der Verwaltung von Massegebilden sind radikal andere als diejenigen kleiner, auf nachbarschaftlicher oder persönlicher Beziehung ruhender Verbände. Insbesondere wechselt der Begriff der ›Demokratie‹, wo es sich um Massenverwaltung handelt, derart seinen soziologischen Sinn, daß es widersinnig ist, hinter jenem Sammelnamen Gleichartiges zu suchen.«⁶⁴

In einem Bericht der Neuen Freien Presse über Webers Vortrag »Probleme der Staatssoziologie« wird darauf eingegangen, dass Weber unter Umständen sogar versucht war, einen weiteren Typus legitimer Herrschaft zu definieren.⁶⁵ Allerdings verwarf Weber die Idee, einen vierten und gleichberechtigten Typus demokratischer Herrschaft zu definieren.⁶⁶ Demokratie selbst kann nach Webers Denken nie *Konstitutions-* oder *Ordnungsprinzip* von Herrschaft sein.⁶⁷ Höchstens in kleinen, relativ homogenen, relativ wenig differenzierten Verbänden, die eher einfache und konstante Aufgaben zu erfüllen haben sowie gleichzeitig ein bestimmtes Bildungsniveau vorweisen, ist so etwas wie Selbstherrschaft der Beherrschten möglich.⁶⁸ Weber hat ›demokratische‹ Herrschaft unter den Bedingungen der ›Vermassung‹ der Gesellschaft daher vermehrt aus der »antiautoritären oder herrschaftsfremden Umdeutung des Charismas hergeleitet«⁶⁹.

Angesichts der von ihm beobachteten Entwicklung kann nur eine elitäre, aber demokratisch verfasste Herrschaft die Bürokratisierung wirkungsvoll in politische

63 Heinrich v. Treitschke: Politik, Leipzig 1898, S. 15.

64 M. Weber, Herrschaft (2005), S. 144.

65 Vgl. Max Weber: »Probleme der Staatssoziologie. Vortrag am 25. Oktober 1917 in Wien«, in: Edith Hanke (Hg.), MWG I/22-4, Tübingen 2005, S. 745ff, hier S. 755. Siehe dazu auch M. Weber, Politik als Beruf (1992), S. 167ff.

66 Hier drückt sich wahrscheinlich sein eher negatives Bild der direkt-demokratischen Verwaltung aus. Problematisch daran sei erstens die ökonomische Entwicklung, welche vermögende und nichtvermögende Personen hervorbringt, wobei ersteren ob ihrer ökonomischen Abkömmlichkeit gegenüber den anderen ein Vorteil erwüchse; zweitens bringe auch die gesellschaftliche Schichtung eine Trennung in angesehene und weniger angesehene Personen hervor, wobei ersteren, ob ihrer gesellschaftlichen Stellung tendenziell mehr Macht zukomme als letzteren. Weber Sorge sich also um die, aus der aktuellen Gesellschaftsformation herrührenden, Ungleichheiten der politischen Teilhabe. Vgl. M. Weber, Herrschaft (2005), S. 141.

67 Vgl. C. Schönberger, Max Webers Demokratie: Utopisches Gegenprinzip zur bürokratischen Herrschaft (2016), S. 165; S. Breuer (2006), S. 129f.

68 Vgl. M. Weber, Herrschaft (2005), S. 140.

69 Gangolf Hübinger: »Einleitung«, in: Gangolf Hübinger (Hg.), MWG III/7, Tübingen 2009, S. 1ff, hier S. 24. Siehe dazu das entsprechende Kapitel in Webers *Soziologische Grundbegriffe*. M. Weber, Soziologische Grundbegriffe (2013), S. 533.

Schranken verweisen. Diese gestaltet er gemäß den Erkenntnissen seiner Analyse.⁷⁰ Weber versucht nicht die Herrschaft an sich zu überwinden, sondern lediglich ihr einen politischen Impetus zu geben, welcher durch die Bürokratisierung zu erstarren droht. Herrschaft soll politische Gestaltung bringen und nicht nur verwalten. Herrschaft ist in Webers gesamtem Denken Existenzbedingung von Ordnung⁷¹ und Grundbedingung des Zusammenhalts von Gesellschaften und ermöglicht ein Handeln als Ganzes. Nur mittels Herrschaft treten Ordnungen in Kraft, welche wiederum das soziale Leben regeln und das soziale Handeln der Individuen ordnen und aufeinander abstimmen.⁷² Herrschaft versteht Weber unter dem Interesse an politischem Handeln als im Extremfall einzusetzende Gewaltanwendung, denn »Gewaltsamkeit« ist mitentscheidend für die »Garantie von ›Ordnungen‹«⁷³. In Webers Vorstellung einer modernen Gesellschaft wird nicht der Versuch unternommen, politische Herrschaft zu demokratisieren, verstanden als Befreiung von Herrschaft; vielmehr soll eine politische Führung über die bürokratische Herrschaft her- beziehungsweise sichergestellt werden.⁷⁴ Das Spannungsverhältnis von politischer Gestaltung, die immer auch Unsicherheit und Kontingenz bedeutet, und notwendiger bürokratischer Organisation sowie rationalem Betriebskapitalismus versucht Weber hier auszubalancieren. Er ist auf der Suche nach einem institutionellen Arrangement, das den Aufstieg von herausragenden politischen Führungspersonlichkeiten gewährleistet, die sowohl die notwendige und omnipotente Bürokratie politisch führen.⁷⁵

In einer ›Sonderform‹ der parlamentarischen Demokratie, der plebiszitären Führerdemokratie beziehungsweise der »plebiszitär-repräsentativen Regierung«⁷⁶ erkennt Weber einen geeigneten Rahmen, in dem zur Politik berufene Führungspersonlichkeiten⁷⁷ auch unter den Bedingungen der Massengesellschaft und Massendemokratie an

70 Insofern kommt Weber, wie Andreas Anter zeigt, zu einem »angemessenen«, also realistischen Demokratieverständnis. Vgl. A. Anter (2014), S. 88f.

71 Sie bildet damit den Kern seiner Politik- und Sozialwissenschaft. Vgl. C. Schönberger, Max Webers Demokratie: Utopisches Gegenprinzip zur bürokratischen Herrschaft (2016), S. 160; A. Anter (2014), S. 183f; G. Fitzi (2004), S. 86f; P. Lassman, The rule of man over man: politics, power and legitimation (2000), 83-84, 86.

72 So sieht etwa auch Heinrich Popitz Gewalt als »eine notwendige Bedingung zur Aufrechterhaltung sozialer Ordnung« und gleichzeitig fungiert die soziale Ordnung »als Eindämmung von Gewalt«. Diesem Kreislauf unterliegt seiner Meinung nach »jeder Ordnungsentwurf«. Heinrich Popitz: Phänomene der Macht, Tübingen 1992, S. 63. Dazu auch Hartmann Tyrell: »Physische Gewalt, gewaltsamer Konflikt und ›der Staat‹ – Überlegungen zu neuerer Literatur«, in: Berliner Journal für Soziologie 9 (1999), S. 269ff.

Herrschaft ist somit in Webers Denken und Werk immer primär und Legitimitäts glaube daher immer sekundär. Darin erklärt sich für Christoph Schönberger auch Webers »demokratische Leerstelle«. Vgl. C. Schönberger, Max Webers Demokratie: Utopisches Gegenprinzip zur bürokratischen Herrschaft (2016), S. 163.

73 M. Weber, Soziologische Grundbegriffe (2013), S. 212.

74 Vgl. J. Rehmann (1998), S. 92.

75 Vgl. G. Hübinger, Max Weber und die ›universalgeschichtlichen Probleme‹ der Moderne (2014), S. 223.

76 M. Weber, Die Typen der Herrschaft (2013), S. 583.

77 Webers Text *Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland* ist als Ganzes der Suche danach ausgerichtet, wie es möglich ist, dass nicht ›Emporkömmlinge‹ und Demagogen im schlechten

die Macht kommen können.⁷⁸ Politik kann so die Oberhand über die Bürokratie gewinnen und der modernen bürgerlichen Gesellschaft eine politische Gestaltung angeeignet lassen. Dieses institutionelle Arrangement sorgt dafür, dass auch die bürokratisierten Parteien sich politischen Führerpersönlichkeiten unterordnen und das Parlament eine positiv gestaltende Rolle einnimmt, wie im vorigen Abschnitt erläutert wurde.⁷⁹ Die politische Führungspersonlichkeit sieht Weber »nicht mehr auf Grund der Anerkennung seiner Bewährung im Kreise einer Honoratiorenschicht zum Kandidaten proklamiert«, auch nicht zwingend »kraft seines Hervortretens im Parlament«, sondern weil sie »das Vertrauen und den Glauben der Massen an sich und also seine Macht mit *mas-sendemokratischen Mitteln*« gewonnen hat; »[d]em Wesen der Sache nach bedeutet dies eine *cäsaristische* Wendung der Führerauslese«.⁸⁰ Diesen »cäsaristischen« Einschlag« hält Weber in Massenstaaten für »unausrottbar«.⁸¹ Hinter Webers Bezug auf den Cäsarismus schimmert durchaus ein diktatorischer Charakter dieser Ordnung hervor, der sich in der Figur der leitenden politischen Person offenbart.⁸² Eine Person stellt sich mit einem Programm und einer Kandidatenliste für die zu besetzenden Ämter zur Wahl,

Sinne aufsteigen, sondern herausragende, politisch verantwortlich handelnde Führungspersönlichkeiten. Vgl. G. Fitz (2004).

78 W. J. Mommsen, Zum Begriff der »plebiszitären Führerdemokratie« (1974b), S. 47f.

79 Zur plebiszitären Führerdemokratie in Webers Denken Andreas Anter: »Die westdeutsche Max-Weber-Diskussion und die Begründung der parlamentarischen Demokratie nach dem Zweiten Weltkrieg«, in: Christoph Cornelißen (Hg.), Geschichtswissenschaft im Geist der Demokratie. Wolfgang J. Mommsen und seine Generation, Berlin 2010, S. 257ff, hier 262ff; S. Breuer (2006), 129ff; Sven Eliaeson: »Max Weber and Plebiscitary Democracy«, in: Ralph Schroeder (Hg.), Max Weber, Democracy and Modernization, New York 1998, S. 47ff; Sven Eliaeson: »Between Ratio and Charisma: Max Weber's Views on Plebiscitary Leadership Democracy«, in: Statsvetenskaplig Tidskrift 4 (1991), S. 317ff; Wolfgang J. Mommsen (Hg.): Max Weber, Frankfurt a.M. 1974b; W. J. Mommsen (1974a), 356ff.

Auch Günther Schmidts Arbeit befasst sich eingehend mit dem Konzept der plebiszitären Führerdemokratie. G. Schmidt (1964), S. 226ff. Dabei geht er an einigen Stellen genauer etwa auf die inneren Verbindungen dieses Konzeptes mit der Verfassungsrealität des damaligen britischen Regierungssystems sowie auf die geistesgeschichtlichen Wurzeln ein. Vgl. ebd., 236f., 269ff., passim, 289ff., passim.

Eine neuere Analyse fokussiert dabei insbesondere auch den Zusammenhang von plebiszitärer Führerdemokratie und Nationalismus. Dabei werden in diesem Text auch zeitgenössische Führungspersonen, insbesondere in der postkommunistischen Transformation betrachtet. Steven Pfaff: »Nationalism, Charisma, and Plebiscitary Leadership. The Problem of Democratization in Max Weber's Political Sociology«, in: Sociological Inquiry 72 (2002), S. 81ff.

80 M. Weber, Parlament und Regierung im neu geordneten Deutschland (1984), S. 538f.

81 Ebd., S. 483. Dazu auch R. Boesche, Weber: The Inevitability of Bureaucratic Domination (1996), S. 332ff.

82 Vgl. M. Weber, Politik als Beruf (1992), S. 211; M. Weber, Die rationale Staatsanbahnung und die modernen politischen Parteien und Verbände (Staatssoziologie) (1985), S. 845. Dazu auch W. J. Mommsen, Zum Begriff der »plebiszitären Führerdemokratie« (1974b), S. 52.

Ergänzt werden muss, dass Weber in seiner Beteiligung an der Weimarer Verfassung immer für die Verfassungs- und Rechtsbindung des Präsidenten eintrat. Auch plädierte er vehement für ein starkes Parlament, und zwar nicht nur als Kontrollorgan gegenüber der Regierung, sondern auch als Ort von Koalitions- und Regierungsbildung (von der zentralen Auslesefunktion ganz abgesehen) sowie als Inhaber eines Rechts auf Abberufung des Präsidenten. Vgl. M. Weber, Deutschlands künftige Staatsform (1988), S. 129. Er stimmt in den Verhandlungen über die Verfassung den dies

wirbt um Stimmen und Gefolgschaft, erringt damit die Macht und trägt dafür die volle Verantwortung. Dies trifft auch Webers Vorstellung von Politik eindeutig, denn er sagt: »Wer Politik treibt, erstrebt Macht.«⁸³ Es geht dabei immer darum, die »plebiszitäre Anerkennung durch das souveräne Volk«⁸⁴ zu erhalten. Misserfolg oder fehlende Unterstützung sind dann aber auch gleichbedeutend mit dem Rücktritt dieser Person von ihrer leitenden politischen Stellung.⁸⁵ Dies ist sicherlich eine sehr eindrückliche Stelle, die belegt, dass Webers Demokratievorstellung keine normative war. Es ging ihm primär nicht darum, den politischen Einfluss der Gesellschaft möglichst breit zu institutionalisieren.⁸⁶ Vielmehr war er auf der Suche nach strukturellen Vorkehrungen, die herausragende Einzelpersonen an die Macht bringen und diese mit genügend Macht ausstatten, die sie zur Domestizierung der Bürokratie nutzen sollten sowie nach Möglichkeiten, die gesellschaftliche Entwicklung durch das Handeln dieser elitären Personen insgesamt flüssig zu halten. Nicht eine aus normativen Gründen heraus überlegene politische Ordnung ist das Ziel seiner Suche, sondern eine, die die von ihm erkannten praktischen Probleme zu bändigen in der Lage ist.⁸⁷

Die plebiszitäre Führerdemokratie bezeichnet Weber als

»ihrem genuinen Sinn nach eine Art der charismatischen Herrschaft, die sich unter der *Form* einer vom Willen der Beherrschten abgeleiteten und nur durch ihn fortbestehenden Legitimität verbirgt. Der Führer (Demagoge) herrscht tatsächlich kraft der Anhänglichkeit und des Vertrauens seiner politischen Gefolgschaft zu seiner *Person* als solcher«⁸⁸.

In der charismatischen Herrschaft erfüllt der Beruf der Politik seine höchsten Ansprüche. Der charismatische Führer wird aufgrund seiner inneren Eignung als der persönlich berufene Leiter einer festen Gruppe Menschen gesehen. Er ist also kraft der ihm eigenen oder der in ihm gesehenen Fähigkeiten zum Berufspolitiker bestimmt, im Sinne von: er leitet (Politik) beruflich.⁸⁹

lautenden Vorschlägen von Hugo Preuß ausdrücklich zu. »Editorischer Bericht«, in: Wolfgang J. Mommsen (Hg.), MWG I/16, Tübingen 1988, S. 49ff, hier S. 53.

Entsprechend schwierig ist die Behauptung von Detlef Lehnert aufrecht zu erhalten, Preuß und Weber seien diesbezüglich uneins gewesen. Vgl. Detlef Lehnert: »Hugo Preuß zwischen Hans Kelsen und Max Weber«, in: Detlef Lehnert/Christoph Müller (Hg.), Vom Untertanenverband zur Bürgergenossenschaft. Symposium zum 75. Todestag von Hugo Preuß am 9. Oktober 2000, Baden-Baden 2003, S. 151ff, hier S. 153.

83 M. Weber, Politik als Beruf (1992), S. 159; M. Weber, Die rationale Staatsanalt und die modernen politischen Parteien und Verbände (Staatssoziologie) (1985), S. 822.

Unter diesen Bedingungen sucht Weber die Faktoren »guter Politik« zu finden. Vgl. M. Weber, Die rationale Staatsanalt und die modernen politischen Parteien und Verbände (Staatssoziologie) (1985), S. 822.

84 M. Weber, Die Typen der Herrschaft (2013), S. 536.

85 Vgl. M. Weber, Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland (1984), S. 468.

86 Vgl. M. T. Greven, 2004, S. 197.

87 Vgl. C. Schönberger, Max Webers Demokratie: Utopisches Gegenprinzip zur bürokratischen Herrschaft (2016), S. 161; Stefan Breuer: Bürokratie und Charisma, Darmstadt 1994, S. 177.

88 M. Weber, Die Typen der Herrschaft (2013), S. 535.

89 Vgl. M. Weber, Politik als Beruf (1992), S. 161. Die charismatische Herrschaft ist insofern auch eine Sonderform in Webers Herrschaftstypologie. Stehen die traditionale oder legale zueinander

Die politische Führungsperson fühlt sich persönlich aufgrund ihres eigenen Machtinteresses zur Politik berufen. Dieses bildet sodann auch die Grundlage der innerlichen Berufung, welche wiederum auch den Legitimitätsglauben der Beherrschten hervorbringt. Charismatisch legitimiert ist dabei eine solche Person aufgrund ihrer herausragenden Eigenschaften, die als vermeintliche Wunder erscheinen, und das Leben der Beherrschten verbessert. Die Herausforderung ist, diese ›Wunder‹ wiederholt hervorzubringen, denn darin liegt die Legitimität der charismatischen Herrschaft. Die Beherrschten folgen der herrschenden Personen kraft ihres Glaubens an deren außerweltliche Kräfte. In der Notwendigkeit der Bewährung des Charismas besteht allerdings zugleich die Fragilität dieses Herrschaftstypus. Weber bezeichnet die plebiszitäre Führerdemokratie allerdings als »herrschaftsfremde Umdeutung des Charisma«⁹⁰. »Bei zunehmender Rationalisierung der Verbandsbeziehungen«, wird laut Weber die Anerkennung und Gefolgschaft allmählich, »statt als Folge der Legitimität, als Legitimitätsgrund angesehen [...] (demokratische Legitimität)«.⁹¹ Insbesondere weil die charismatische Person in der plebiszitären Führerdemokratie gewählt wird, ist sie sodann »Beauftragter und also Diener seiner Wähler, nicht ihr gekürter Herr«⁹². Damit ist – und deswegen spricht Weber von herrschaftsfremder Umdeutung – die eigentliche Grundlage der charismatischen Herrschaft verlassen. Allerdings ist dies nur eine Wirkung der extremen Form, der unmittelbaren Demokratie. Etwas davon abgerückt – und Weber drückt dies hier nicht explizit aus, aber seine weiteren Aussagen dazu lassen diesen Schluss zu – bleibt in seiner Vorstellung der plebiszitären Führerdemokratie durchaus ein charismatischer Einschlag zurück.

In der plebiszitären Führung erfüllen sich beide Ansprüche, nach Rationalität beziehungsweise rationaler Herrschaft auf der einen und politischer Führung auf der anderen Seite. Es ist nämlich in keinem Falle so, dass die ›Qualität‹ der Verwaltung in der plebiszitären Führerdemokratie abnimmt. Der mit der Bürokratisierung einhergehende Machtkonzentration im Nationalstaat folgt ein enger Bezug Webers plebiszitärer Führung; er bezieht sich ausschließlich auf die Spitze des Nationalstaates. Insofern führt laut Weber die plebiszitäre Führerdemokratie »normalerweise in die Bahn der Rationalität. Der plebiszitäre Herrscher wird sich regelmäßig auf einen prompt und reibungslos fungierenden Beamtenstab zu stützen suchen.«⁹³

in einer Folgebeziehung, ist die charismatische Herrschaft zu beiden alternativ. Vgl. W. Schluchter (1989), S. 246f. Auch über das Verhältnis der einzelnen Idealtypen der Herrschaft etwa W. J. Mommsen, *Universalgeschichtliches und politisches Denken* (1974b), S. 128f.

90 Max Weber: »Die herrschaftsfremde Umdeutung des Charisma«, in: Knut Borchardt/Edith Hanke/Wolfgang Schluchter et al. (Hg.), *MWG I/23*, Tübingen 2013, S. 533ff. Christoph Schönberger nennt es »*antiautoritären Umdeutung des Charisma*«. C. Schönberger, *Max Webers Demokratie: Utopisches Gegenprinzip zur bürokratischen Herrschaft* (2016), S. 162.

91 M. Weber, *Die herrschaftsfremde Umdeutung des Charisma* (2013), S. 533. Dazu auch W. Schluchter (1989), S. 246ff. Wolfgang Mommsen formuliert es einleuchtend: »Mit den Massen, nicht gegen die Massen, ist das große Individuum groß.« W. J. Mommsen, *Universalgeschichtliches und politisches Denken* (1974b), S. 130.

92 M. Weber, *Erhaltung des Charisma* (2005), S. 502.

93 M. Weber, *Die Typen der Herrschaft* (2013), S. 538.

Es müssen nun die Punkte erläutert werden, wie Weber aus den politisierten Institutionen von Parlament und Parteien tatsächlich politische Führungspersonen hervorgehen sieht. Unter der Bedingung, dass für Weber Politik im Kern an einen politischen Verband, für ihn ist dies der Staat, gebunden ist⁹⁴, ist auch Webers Vorstellung einer politisch verantwortlichen Führungsperson letztlich nur im modernen demokratischen Staat gänzlich denkbar.⁹⁵

Politische Führungspersönlichkeiten sollen maßgeblich für die Politik leben und nicht von der Politik. Lebt jemand »für die Politik«, versteht Weber darunter, dass diese Person aus der Politik »im innerlichsten Sinn [ihr] Leben daraus« macht; »[v]on der Politik« leben Menschen, die danach streben, »daraus eine dauernde Einflussquelle zu machen«.⁹⁶ Letzter Fall ist immer dann zu erwarten, wenn Politik eine Sache der Bürokratie wird. Entweder, indem diese selbst es schafft, die leitenden Stellen aus sich heraus zu besetzen, oder aber, wenn bürokratisierte Parteien nicht die Voraussetzungen bergen, den im Sinne der gerade beschriebenen Personen zur Macht zu verhelfen. Bürokratisierte Politik heißt, dass Beamte auf politischen Stellen sitzen. Diese leben dann nicht nur von der Politik, sondern machen »nur allzu oft durch technisch ›schlechte‹ Führung eine in jenem Sinne ›gute‹ Sache zur ›schlechten‹«⁹⁷. Der Gegensatz von »für« oder »von der Politik« zu leben, ist für Weber kein exklusiver. Vielmehr bedeutet »für die Politik« leben auch »von der Politik« zu leben und das sowohl ideell als oftmals auch materiell. Der Besitz der Macht ist der innere Reiz oder das Selbstbewusstsein, einen Dienst an der Sache zu tun. »In diesem innerlichen Sinn lebt wohl jeder ernste Mensch, der für eine Sache lebt, auch von dieser Sache.«⁹⁸

In solchen Personen sieht er die einzigen Personen, die das notwendige Gegengewicht gegen eine starke, aber unentbehrliche Bürokratie bilden können.⁹⁹ Sie allein ver-

94 Siehe die Definition in § 17 der Grundbegriffe: »Politisch orientiert« soll ein soziales Handeln, insbesondere auch ein Verbandshandeln, dann und insoweit heißen, als es die Beeinflussung der Leitung eines politischen Verbandes, insbesondere die Appropriation oder Expropriation oder Neuverteilung oder Zuweisung von Regierungsgewalten, bezweckt.« M. Weber, *Soziologische Grundbegriffe* (2013), S. 212.

95 Vgl. M. T. Greven, 2004, S. 195f.

Andreas Anter deckt dabei einen wesentlichen Zirkelschluss in Webers Denken auf: »Wenn wir den Begriff des Staates betrachten, stoßen wir auf das Kriterium des Politischen, und wenn wir nach dem Begriff des Politischen fragen, werden wir wieder auf den Staat verwiesen.« A. Anter (2014), S. 52.

96 M. Weber, *Politik als Beruf* (1992), S. 169f; M. Weber, *Die rationale Staatsanalt und die modernen politischen Parteien und Verbände* (Staatssoziologie) (1985), S. 829.

97 M. Weber, *Politik als Beruf* (1992), S. 189; M. Weber, *Die rationale Staatsanalt und die modernen politischen Parteien und Verbände* (Staatssoziologie) (1985), S. 829.

98 M. Weber, *Politik als Beruf* (1992), S. 169f; M. Weber, *Die rationale Staatsanalt und die modernen politischen Parteien und Verbände* (Staatssoziologie) (1985), S. 829.

99 Vgl. W. J. Mommsen, *Zum Begriff der ›plebiszitären Führerdemokratie‹* (1974b), S. 52. Es ist dies auch eine Folge der Differenzierung politischen Handelns. Im Verlauf der Geschichte, mit der Appropriation der Macht durch die Fürsten sowie durch die allgemeine Zentralisierung und Monopolisierung der Verwaltungsmittel, findet auch diese Differenzierung politischen Handelns statt. Vermehrt bildet sich auf der einen Seite ein Verwaltungsbetrieb und auf der anderen ein politischer Betrieb heraus, wobei letzterer, wie gesagt, der Kampf um Macht und Einfluss sowie die Schulung dafür umfasst. Es geht dann auch zunehmend nicht mehr allein um die Trennung von

mögen es, die Bürokratie immer wieder in Schranken zu verweisen und die Kontingenz der gesellschaftlichen Entwicklung bewusst und diese damit gestaltbar zu erhalten.¹⁰⁰ Bürokraten finden sich entsprechend ihres ständischen Charakters »sehr leicht bereit [...], für jeden zu arbeiten, der sich der Herrschaft [...] einmal zu bemächtigen gewusst hat«¹⁰¹. Daran wird auch deutlich, wie zentral die Frage der Besetzung der höchsten politischen Ämter ist, denn aus sich heraus bietet die bürokratische Herrschaftsordnung keine Gewähr dafür, dass *politische* Personen an der Spitze stehen oder überhaupt Personen mit einer demokratischen und republikanischen Gesinnung.¹⁰² Weber definiert die leitende politische Person daher als »Demagogen«, welcher »vollends seit der Demokratie der Typus des führenden Politikers im Okzident« ist.¹⁰³ (Massen-)Demokratie und Demagogie sind für Weber zwei Seiten einer Medaille.¹⁰⁴ Das Charisma der politisch verantwortlichen Person ist für Weber der beste Schutz davor, die politische Führung entweder durch die Bürokratie oder durch andere organisierte Interessen als der der politischen Parteien beirren zu lassen.¹⁰⁵

Politische Führungspersonen sollen Politik mit Leidenschaft¹⁰⁶ und Verantwortungsgefühl für die Sache beziehungsweise den Dienst daran¹⁰⁷ sowie mit Augenmaß

Fachbeamten und politischen Beamten, sondern eigentlich um die Trennung von Beamten und politischen Führungspersonen. Denn gerade die Besetzung der Führungsstellen durch Beamte wird von Weber heftig kritisiert; hier fordert er die Besetzung dieser Stellen durch Politiker. Die zugrunde liegende Differenzierung zeigt sich an den unterschiedlichen Berufsanforderungen. Beamte sollen unbesehen der Person und der eigenen Einstellung handeln, Politiker allerdings genau entsprechend eigener Einstellung, wofür sie dann auch verantwortlich sind. Einmal ist der Machtkampf dort ausgeschaltet und bleibt hier aktiv. Der Verhaltenskodex der Beamten bedingt eine unpolitische Auseinandersetzung. Somit verliert das Handeln der Fachverwaltung jeden unmittelbaren politischen Charakter, was nicht bedeutet, dass es überhaupt unpolitisch wird. Jedes Verwaltungshandeln kann politisch sein oder werden. Es zeigt sich hier der Unterschied zwischen *verwaltender* und *gestaltender* Politik. Politiker sollen strikt nach eigenen politischen Wertungen agieren und haften mit einer persönlichen Verantwortung, wohingegen der beamtliche Kodex auf das Bestehende fixiert und entsprechend keine Gestaltungsmacht entwickeln kann.

100 Vgl. W. J. Mommsen, Einleitung (1974b), S. 16. Deutlich wird hier wiederum Webers Denken, dass »allemaal das Individuum, und zwar in aller Regel das große Individuum«, wie Wolfgang Mommsen sich ausdrückt, dazu in der Lage ist, »neuen Entwicklungen in der Geschichte zum Durchbruch« zu verhelfen. Vgl. W. J. Mommsen, Universalgeschichtliches und politisches Denken (1974b), S. 123f. Für ihn und andere ist das »dialektische Gegenspiel von charismatischen Persönlichkeiten und der Macht bürokratischer, nivellierender Gewalten« ein in Webers Denken fundamentaler Gedanke. W. J. Mommsen, Zum Begriff der »plebisitären Führerdemokratie« (1974b), S. 59. Dazu auch Hans H. Gerth/C. W. Mills: From Max Weber, New York 1946, S. 55.

101 M. Weber, Bürokratismus (2005), S. 209.

102 Vgl. Max Weber: »Charismatismus«, in: Edith Hanke (Hg.), MWG I/22-4, Tübingen 2005, S. 460ff, hier S. 464.

103 M. Weber, Politik als Beruf (1992), S. 191. Er verweist an gleicher Stelle darauf, dass »nicht Kleon, sondern Perikles der Erste war, der diesen Namen trug.« ebd.

104 Vgl. M. Weber, Die rationale Staatsanalt und die modernen politischen Parteien und Verbände (Staatssoziologie) (1985), S. 861; M. Weber, Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland (1984), S. 537.

105 Vgl. W. J. Mommsen, Zum Begriff der »plebisitären Führerdemokratie« (1974b), S. 53.

106 Vgl. M. Weber, Politik als Beruf (1992), S. 227.

107 Vgl. ebd.

betreiben. Weber denkt Leidenschaft hier als Sachlichkeit. Diese Betonung der Leidenschaft für eine bestimmte Sache, kann als Ausdruck der Notwendigkeit des Bewusstseins von Kontingenz von politischen Führungspersonen angesehen werden. Weber fordert den leidenschaftlichen Kampf unterschiedlicher Vorstellungen über die kontingente gesellschaftliche Entwicklung. Unter Augenmaß versteht Weber die Fähigkeit, die Wirklichkeit, aber auch die eigene Position ruhig und mit dem gebotenen Abstand wahrzunehmen und Entscheidungen mit kühlem Kopf zu treffen.¹⁰⁸ Dies sind für ihn die Schutzbarrieren vor Eitelkeit, die er in der plebiszitären Führerdemokratie besonders fürchtet, erhöht sie doch die Wahrscheinlichkeit dafür, dass notwendiges Machtstreben ins Negative, also selbstreferenzielle Streben, umkippt. Machtstreben sollte allerdings eine der originären Qualitäten eines Politikers sein. Gerade die demagogische Politik sieht er als besonders gefährdet für Eitelkeit. Politik muss es immer auf die Wirkung ankommen, womit schnell die Gefahr der Schauspielerlei aufkommt und die Verantwortlichkeit für politisches Handeln zu leichtgenommen wird.¹⁰⁹ Sicherlich läuft politisches Handeln regelmäßig in geradezu paradoxem und nicht passendem Verhältnis zu seinem eigentlichen Sinn. Denn, so Weber, »[w]ie die Sache auszusehen hat, in deren Dienst der Politiker Macht erstrebt und Macht verwendet, ist Glaubenssache«¹¹⁰. Es muss eine politische Vorstellung da sein, aber welchen Inhalts ist letztlich irrelevant. Weber benennt hier die Notwendigkeit zu politischem Handeln, wohl aber in einem spezifischen Sinn.

Dieses politische Handeln findet, wenn überhaupt, nur im soeben beschriebenen Rahmen eine ethische Rückbindung. Sachlichkeit, eine gewisse Würde und Verantwortung für die Zukunft sollten die Leitlinien politischen Handelns sein. Ethik wird oftmals als Legitimierung eines bestimmten Handelns herangezogen, häufig sogar zur nachträglichen Legitimierung. Eine bestimmte, etwa religiöse Ethik enge politisches Handeln ein. Für Weber sollte daher eine Universalethik, unabhängig welchen Ursprungs, in der Politik keine Rolle spielen.¹¹¹ Für eine politische Ethik gibt es für Weber nur zwei gegensätzliche Maximen: Gesinnung und Verantwortung. Das darf dabei nicht so verstanden werden, dass eine Verantwortungsethik automatisch gesinnungslos wäre. Den Gesinnungsethiker beschreibt Webers wie folgt:

»Wenn die Folgen einer aus reiner Gesinnung fließenden Handlung üble sind, so gilt ihm nicht der Handelnde, sondern die Welt dafür verantwortlich, die Dummheit der anderen Menschen oder – der Wille des Gottes, der sie so schuf. ›Verantwortlich‹ fühlt sich der Gesinnungsethiker nur dafür, daß die Flamme der reinen Gesinnung, die Flamme z.B. des Protests gegen die Ungerechtigkeit der sozialen Ordnung, nicht erlischt. Sie

108 Vgl. ebd., S. 228.

109 Vgl. ebd., S. 228f.

110 Ebd., S. 230.

111 Vgl. ebd., S. 230ff. Generell kann Weber hier machiavellistisch verstanden werden. Für ihn ist entsprechend eine alle Lebensbereiche überspannende und gleichzeitig ordnende Ethik nicht nur nicht möglich, sondern ein Kategorienfehler. Eine Ethik einer Sphäre steht regelmäßig in Widerspruch zu den Anforderungen eines anderen Lebensbereiches. Vgl. D. R. Villa, 1999, S. 547. Generell über erkennbare Gemeinsamkeiten von Weber und Machiavelli Carlo Antoni: *From History to Sociology*, Detroit 1959.

stets neu anzufachen, ist der Zweck seiner, vom möglichen Erfolg her beurteilt, ganz irrationalen Taten, die nur exemplarischen Wert haben können und sollen.«¹¹²

Den Verantwortungsethiker definiert er hingegen so:

»Der Verantwortungsethiker dagegen rechnet mit eben jenen durchschnittlichen Defekten der Menschen, – er hat, wie Fichte richtig gesagt hat, gar kein Recht, ihre Güte und Vollkommenheit vorauszusetzen, er fühlt sich in der Lage, die Folgen eigenen Tuns, soweit er sie voraussehen konnte, auf andere abzuwälzen.«¹¹³

Beide bezüglich der Handlungsfolgen gegensätzlichen Einstellungen beruhen für Weber auf der unterschiedlichen Einschätzung der Folgen menschlichen Handelns. Negative Handlungsfolgen sind in der Gesinnungsethik Zeichen und Beweis für die Schlechtigkeit der Welt, ohne einen eigenen Anteil daran zu erkennen. Die eigene Gesinnung nimmt an den Folgen keinen Schaden. In der Verantwortungsethik hingegen steckt eine Annahme, die die Schlechtigkeit oder Unvollkommenheit des Menschen antizipiert. Daher wird hier versucht, die Folgen eigenen Handelns vorab zu erkennen und dafür Verantwortung zu übernehmen.¹¹⁴ Webers Ideal des leitenden Politikers sollte nun verantwortungsethisch handeln; nimmt man Webers Ausführungen wortgetreu, kann er gar nur in dieser Art handeln. Immer wird es für diese Person Situationen geben, in denen Kompromisse das Mittel der Wahl sind.

Dies wird anhand folgenden Gedankens deutlich. Es ist nach Weber keinesfalls so, »daß aus Gutem nie Böses, aus Bösem nie Gutes«¹¹⁵ folgen kann. Gleichzeitig hat We-

112 M. Weber, *Politik als Beruf* (1992), S. 237f.

113 Ebd., S. 237. Zur Verwendungs- und Entwicklungsgeschichte beider Begriffe etwa W. Schluchter (1991a), S. 165ff.

Auf eine andere Besonderheit machen die Arbeiten von Kari Palonen und Michael Greven aufmerksam. *Politik als Beruf* und *Wirtschaft und Gesellschaft* wurden von Weber ungefähr zur selben Zeit geschrieben. In den soziologischen Grundbegriffen formuliert er im bekannten §2 einige Grundmotive sozialen Handelns, die recht eingängig seiner Rationalisierungsthese entsprechen, nennt er dort doch etwa wertrationale, zweckrationale oder affektuale Motive sozialen Handelns. In »Politik als Beruf« erscheinen nun allerdings noch zwei weitere Phänomene, die durchaus einen Anspruch darauf haben, ebenfalls Motive von sozialem Handeln zu sein: Gesinnungs- und Verantwortungsethik. Anders formuliert, können sie durchaus als zwei weitere Idealtypen sozialen Handelns gelesen werden, wenn man die ethischen und normativen Eigenheiten davon zunächst beiseite lässt oder von diesen abstrahiert. Andernfalls wäre es tatsächlich etwas sinnlos, dass Weber sie als wünschenswerte Arten von sozialem Handeln in *Politik als Beruf* diskutiert. Nun kommt allerdings der §2 der *Wirtschaft und Gesellschaft* durchaus mit dem Anspruch einher, vollständig die Handlungsmotive zu zeigen. Entsprechend müssten Gesinnungs- und Verantwortungsethik Sonderfälle dieses §2 sein. Für diese Seite argumentiert insbesondere Kari Palonen, der die Verantwortungsethik mit der instrumentellen Rationalität und die Gesinnungsethik mit der Wert-rationalität in Verbindung setzt. Vgl. M. T. Greven, 2004, S. 190ff; Kari Palonen: Eine Lobrede für Politiker, Opladen 2002, S. 125f.

114 Vgl. G. Fitzi (2004), S. 278f.

115 Friedrich W. Förster: *Politische Ethik und politische Pädagogik*, München 1918, S. 202. Diese Frage ist auch für Weber der zentrale Punkt aller Religion. Er sieht sie, ganz der maßgeblichen Sichtweise seiner Zeit folgend, als die Erfüllung des Bedürfnisses nach Erklärung von Unsicherheit und Abhängigkeit. Dazu und zur zeitgenössischen Wahrnehmung von Religion etwa H. G. Kippenberg, *Religiöse Gemeinschaften* (2003), S. 216ff.

ber aber auch aus seiner historischen Analyse der Entwicklung der Religionen dezidiert, dass nicht aus »Gutem nur Gutes, aus Bösem nur Böses kommen könne, sondern oft das Gegenteil«¹¹⁶. So ist es auch mit der Politik, mit der man sich »einlässt« und damit »mit diabolischen Mächten einen Pakt schließt«.¹¹⁷ Politik bedeutet immer das Hervorbringen, Aushalten und Beilegen von Konflikten – Unsicherheit über die Folgen der eigenen Entscheidungen ist ein ständiger Begleiter von Kontingenz, und in dieser muss sich der Politiker bewusst bewegen. Gerade darin besteht laut Weber die zentrale Aufgabe von Politik, Widersprüche und Kontingenz sichtbar zu machen, womit immer auch Kompromisse, teils auch schmerzhaft, notwendig werden. Dies hat mehrere Ursachen.

Zum einen nimmt die Unvollständigkeit des Wissens über die kontingente Zukunft die Möglichkeit, die Folgen politischen Handelns immer richtig einschätzen zu können. Politisch handeln heißt also immer auch unter der Bedingung der Unsicherheit handeln. Es geht immer wieder darum, das Mögliche zu erreichen und dazu »immer wieder in der Welt nach dem Unmöglichen«¹¹⁸ zu greifen. Dadurch entstehen politische Widersprüche und unterschiedliche Gestaltungsvorstellungen. Darin zeigt sich allerdings auch wiederum die Kontingenz der gesellschaftlichen Entwicklung. Sich dieser Tatsache bewusst zu sein, ist unter rein gesinnungsethischen Bedingungen schwer möglich, sondern kann nur verantwortungsethisch geleistet werden. Gesinnungspolitik würde regelmäßig in Resignation über die Schlechtigkeit der Welt enden und sich dadurch selbst ausbremsen. Die legitime Gewaltsamkeit verursacht auch ein ethisches Problem politischen Handelns, denn politisch zu handeln heißt im Extremfall, auf Macht und Gewalt zuzugreifen¹¹⁹, und zwar auch, wenn über deren »korrekte« Anwendung keine Sicherheit besteht. Nur durch die Verantwortungsethik sind die Widersprüche, die Konflikte und die Unsicherheit auszuhalten und können trotz allem Entscheidungen getroffen werden. Auch lässt nur die Verantwortungsethik eine ehrliche Selbsteinschätzung zu und sorgt dafür, dass Fehler auch zu Verantwortungsübernahme führen. Sie ist geeignet, die geforderte Leidenschaftlichkeit sinnvoll zu temperieren. Die Gesinnungsethik kennt keine eigenen Fehler, sondern nur solche von anderen oder der Welt. Verantwortliche Politik muss immer eine »economy of violence«¹²⁰ praktizieren. Auch hier lässt sich wieder das zentrale Thema erkennen: Webers Suche nach der tatsächlich politischen Gestaltung der grundsätzlich notwendigen Herrschaft und Gewaltsamkeit. Einfach ausgedrückt: Das ethische Problem politischen Handelns resultiert aus der von Weber konstatierten allgemeinen Notwendigkeit von Herrschaft und Macht beziehungsweise letztlich von potenzieller Gewaltanwendung.¹²¹

Zum anderen sieht Weber das Entstehen für eigene Werte und Vorstellungen, dafür Unterstützung zu suchen und eine Anhängerschaft zu gewinnen als die Pflicht des

116 M. Weber, *Politik als Beruf* (1992), S. 242.

117 Ebd., S. 241.

118 Ebd., S. 251f.

119 So lautet Webers eigene Definition im § 17 der soziologischen Grundbegriffe. Vgl. M. Weber, *Soziologische Grundbegriffe* (2013), S. 212.

120 D. R. Villa, 1999, 548.

121 Nur aus dieser Einsicht sieht Weber die Verantwortungsethik den Anforderungen politischen Handelns mehr entsprechen als die Gesinnungsethik, welche aber in anderen Lebensbereichen durchaus ihre, von ihm anerkannte Bewandnis haben kann.

Berufspolitikers an. Dass Menschen eigene Interessen und Vorstellungen in der Politik verfolgen, ist für Weber Grundbedingung für Kontingenzbewusstsein. Es ist eine Grundeigenschaft und Webers Idealbild einer politischen Führungsperson. Sie soll nach eigenem Gutdünken handeln und ihre eigenen politischen Vorstellungen zur Wahl stellen. Weber geht hier sogar noch weiter und hält es für eine logische Folge oder gar eine Notwendigkeit, dass Politik in großen Verbänden »*Interessentenbetrieb*« ist;

»[d]as heißt, eine relativ kleine Zahl primär am politischen Leben, also an der Teilnahme an der politischen Macht, Interessierter schaffen sich Gefolgschaft durch freie Werbung, präsentieren sich oder ihre Schutzbefohlenen als Wahlkandidaten, sammeln die Geldmittel und gehen auf den Stimmenfang.«¹²²

Politische Führungspersonen sollen mit unterschiedlichen Vorstellungen über Gestaltung in den politischen Wettkampf treten. Diese Vorstellungen sind dabei, dafür soll die parlamentarische Auslese sorgen, keine Hirngespinnste, sondern aus der politischen Praxis abgeleitete Programme. Verschiedene leitende politische Personen, die sich im Wahlkampf präsentieren, bringen durch die Unterschiedlichkeit ihrer Vorstellungen die Kontingenz der gesellschaftlichen Entwicklung zutage. Dann ist die gesellschaftliche Entwicklung ein politisches Thema und ihr kann bewusste politische Gestaltung ange-deihen. Doch darin besteht kein Selbstzweck. Zur Politik berufene Personen begeben sich auf ein Feld, auf dem beständig neue Umstände auftreten und sich neue Notwendigkeiten ergeben, Kompromisse zu schließen. Dabei ist es fast unmöglich, konsequent zu bleiben. In der Notwendigkeit eigener politischer Vorstellungen und Ziele auf der einen und dem Entscheidungs- und Kompromisszwang von Realpolitik auf der anderen Seite ist der von Weber erkannte und unauflösbare Widerspruch von Politik.¹²³ Politik steht demnach oft oder sogar regelmäßig im Widerspruch zu den zuvor gesetzten Zielen. Verantwortliche Realpolitik macht es laut Weber regelmäßig nötig, »Kompromisse zu schließen, das heißt: Unwichtigeres dem Wichtigeren zu *opfern*«¹²⁴. Politische Verantwortung und eine gewisse Form politischer Schuld gehören daher zusammen.

Insofern formuliert er die Anforderung an den Idealtypus der politisch verantwortlichen Führungsperson: Sie hat sowohl eine rationale als auch eine irrationale Seite – rational, weil Weber die Erwartungen an diese Person auf Kompromisse und eine

122 M. Weber, *Politik als Beruf* (1992), S. 196; M. Weber, *Die rationale Staatsanalt und die modernen politischen Parteien und Verbände* (Staatssoziologie) (1985), S. 840f.

123 Vgl. Eduardo Weisz: »Science, Rationalization, and the Persistence of Enchantment«, in: *Max Weber Studies* 20 (2020), S. 8ff, hier S. 20f.

124 M. Weber, *Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland* (1984), S. 467. Hier zeigt sich wieder Webers Bild, dass die Geschichte nicht aufgrund von irgendwelchen Gesetzmäßigkeiten einfach »passiert«, sondern durchaus unter menschlichem Einfluss steht. Sein Plädoyer lautet immer, dass sich die Menschen dieser Tatsache bewusst sein und entsprechend ihre eigene Geschichte verantwortungsvoll in die Hände nehmen und formen sollen. Vgl. W. J. Mommsen, *Universalgeschichtliches und politisches Denken* (1974b), S. 104f. Hier passt auch Webers Kritik an der deutschen Sozialdemokratie, die es versäumt, aktiv über die Politik ihre Ideale umzusetzen und stattdessen geduldig auf den vermeintlich gesetzlichen Fortgang der Geschichte wartet. M. Weber, *Politik als Beruf* (1992), S. 219f; M. Weber, *Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland* (1984), S. 503ff.

Verantwortungsethik hin ausrichtet, und irrational, weil diese Person entgegen dem Wissen, was sie in der Politik erwartet, dennoch zu ihr hinstreben.¹²⁵ Es ist Ausdruck einer grundsätzlich von Weber als folgerichtig erkannten Irrationalität der Politik, die immer mit unvollständigem Wissen, Unsicherheit über die Konsequenzen politischen Handelns unter der Bedingung der Kontingenz und der Gefahr individueller Fehler arbeiten muss. Individuen handeln nicht immer rational und das Irrationale lässt sich nur schwer einkalkulieren. So hält die Welt immer Irrationales bereit, mit dem vollständig rational umzugehen kaum möglich ist.¹²⁶ Dies lässt mit Dana Villa als Ironie politischen Handelns bezeichnen.¹²⁷ Daran nicht zu zerbrechen ist letztlich die wesentlichste Anforderung Webers an politische Führungspersonen:

»Nur wer sicher ist, daß er daran nicht zerbricht, wenn die Welt, von seinem Standpunkt aus gesehen, zu dumm oder zu gemein ist für das, was er ihr bieten will, daß er all dem gegenüber: »dennoch!« zu sagen vermag, nur der hat den »Beruf« zur Politik.«¹²⁸

Aus dieser Tatsache heraus wird verständlich, weswegen Webers Vorstellung politischer Führungspersonen fast unweigerlich Reminiszenzen an aristokratische Figuren hervorruft und tatsächlich nur als elitär bezeichnet werden kann.¹²⁹ Es geht um eine geistige und charakterliche Überlegenheit und Opferbereitschaft einer Person, die sich bewusst und nur aus der eigenen Überzeugung heraus den bekannten Gefahren politischen Handelns aussetzt sowie allen Gefahren von potenzieller Korruption und Selbstzerstörung widerstehen soll.¹³⁰ Webers Antwort auf die politische Frage seiner Zeit versöhnt letztlich die beiden von ihm getrennten politischen Ethiken. Politik bedeutet »ein starkes langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich«¹³¹. Verantwortungsbewusst und mit einer gewissen Leidenschaft und damit auch Gesinnung für die Sache sollen zur Politik berufene Personen politisch handeln. Diese Leidenschaftlichkeit allerdings mit dem gebotenen Abstand einzubringen, sich nicht in ihr zu versteifen und darüber die eigene Verantwortung zu verlieren, ist von Weber wohl als Lösung des Dilemmas politischen Handelns gedacht; Distanz zu sich selbst, zu anderen und insgesamt zur ganzen äußeren Welt.¹³² Die zur Politik berufenen Personen verbinden in sich zwei Gegenprinzipien, nämlich leidenschaftliche Gesinnung mit Verantwortung.¹³³

125 Vgl. E. Weisz, 2020, S. 22.

126 Vgl. R. Boesche, Weber: The Inevitability of Bureaucratic Domination (1996), S. 339f.

127 D. R. Villa, 1999, S. 542.

128 M. Weber, Politik als Beruf (1992), S. 252.

129 Ähnlich auch Terry Maley: Democracy and the Political in Max Weber's Thought, Toronto 2011, S. 4.; W. J. Mommsen, Zum Begriff der »plebiszitären Führerdemokratie« (1974b), 47f.

130 Vgl. D. R. Villa, 1999, S. 551.

131 M. Weber, Politik als Beruf (1992), S. 251f.

132 Vgl. L. A. Scaff (1989), S. 183f. Lawrence Scaff geht dabei auch auf die Ähnlichkeiten zu Friedrich Nietzsche ein, die seiner Meinung nach in der Idee der Distanz liegen. Distanz als die »aristokratische« Unterscheidung zwischen sich und den vielen anderen, wie es in *Also sprach Zarathustra* anklingt.

133 Ebd., S. 174.

Eine verantwortungsvoll streitende Politik ist für Weber die einzige Möglichkeit, in der neuen Welt der modernen bürgerlichen Gesellschaft Kontingenzbewusstsein zu erhalten, verschiedene Gestaltungsmöglichkeiten dauerhaft zu zeigen und daran gleichzeitig nicht zu zerbrechen oder sich darin zu verlieren. Die hohen Ansprüche an die leitenden politischen Personen gelten ihm dabei als Gewährleistung dafür, dass diese dabei keine Luftschlösser bauen und die moderne Gesellschaft nun im Streit anstatt bürokratisch erstarrt. Diese Form elitärer Politik ist für Weber also nicht nur die Bedingung von Kontingenzbewusstsein, sondern soll auch Ausdruck davon sein. Gestaltungsanspruch bedeutet noch keine tatsächliche Gestaltung, nur wer die Widersprüche der Kontingenz aushalten kann, ist zur Politik berufen.

Weber geht es nicht um eine gute oder harmonische Politik. Eine solche ist in seinen Augen nicht möglich. In einer kontingenten gesellschaftlichen Entwicklung kann dann nur sinnvoll gestaltet werden, wenn die leitenden politischen Personen in der Lage dazu sind, wiederholt von Maximalpositionen abzurücken, Realpolitik zu betreiben und also Kompromisse zu finden. Wie Maurizio Ferrera bemerkt, dient nicht nur die Verantwortungsethik, sondern auch die Notwendigkeit, die liberalen Freiheiten zu erhalten als Begrenzung von Politik als Kampf unterschiedlicher Vorstellungen. Außerdem bestehen Grenzen in der Struktur der plebiszitären Führerdemokratie, Parlamentarismus und politisch verantwortlich agierende Parteien, als Grundbedingung des politischen Kampfes zu erhalten.¹³⁴

Deutlich geworden ist bisher, dass Webers Theorie der plebiszitären Führerdemokratie tatsächlich eine Theorie elitärer Politik ist. Nicht alle Menschen sollen sich der politischen Gestaltung der gesellschaftlichen Entwicklung verschreiben, sondern diejenigen, die charakterlich dafür geeignet sind und aus einem parlamentarischen Ausleseprozess kommen. Aber auch das Parlament selbst, von Weber in seiner Bedeutung als sehr wesentlich betont, ist Ausdruck dieser elitären Politik. Im Parlament sitzen Vertreter des Volkes. Durch das Prinzip der Repräsentation bilden die Parlamentarier, im Vergleich zur Gesamtgesellschaft, selbst eine kleine Zahl. Webers elitäre politische Theorie der plebiszitären Führerdemokratie ist damit ganz deutlich eine Form der parlamentarischen Demokratie.

11.3 Elitäre Politik in der plebiszitären Führerdemokratie

In diesem Abschnitt soll dargelegt werden, wie die plebiszitäre Führerdemokratie insgesamt unter den irreversiblen Bedingungen der modernen bürgerlichen Gesellschaft funktioniert. Wie gestaltet sich die gesellschaftliche Situation, aus der ein starkes Parlament und starke Parteien sowie, unter den Bedingungen der unwiderruflichen Massendemokratie, universellen Bürokratisierung und den Anforderungen des rationalen Betriebskapitalismus elitäre, verantwortungsbewusste, politisch leidenschaftliche und charismatische Personen an die Macht kommen? Alle vorherigen Aussagen über das Parlament, die Parteien und die Eigenschaften der politischen Führungsperson sind

134 Vgl. Maurizio Ferrera: »Objectivity, Political Order, and Responsibility in Max Weber's Thought«, in: *Critical Review* 30 (2018), S. 256ff.